Beratungsniederschrift

zur 21. Sitzung des **Bau- und Umweltausschusses** am 23. Februar 2010

Sitzungsort: Rathaus, Sitzungssaal
Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr
Sitzungsende: 22:03 Uhr

Die Ladungsfrist gemäß § 58 Absatz 1 Satz 2 HGO war gewahrt.

Anwesend:
Vors. Dieter Heller
Gv. Manfred Baier
Gv. Harald Bopp
Gv. Mike Hederich
Gv. Markus Herchenhahn
Gv. Waldemar Janko
Gv. Bernhard Kurpiela
Gv. Günter Sallwey

Gemeindevorstand:
Bürgermeister Rudi Moritz
Erster Beigeordneter Ulrich Hänsel
Beigeordnete Irmgard Bettermann
Beigeordneter Helmut Fink

entschuldigt:
Gv. Bernd Blötz

Schriftführer: Michael Schmidt

Vors. der Gemeindevertretung Claudia Berck
Vors. der CDU-Fraktion Frank Taulien
Vors. der FDP-Fraktion Axel Vogt

Haupt- und Personalamtsleiterin Stephanie Nowak

Ferner:
Gv. Bernhard Breidert

Der Vorsitzende Dieter Heller eröffnet die 21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.
Es sind 8 Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses anwesend.
Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung:

Siehe vorhängende Einladung.

Vorsitzender Heller fragt nach, ob es gegen die Tagesordnung Einwände gibt.
Dies ist nicht der Fall.

Zu 01: **BUA 23.02.2010**
Mitteilungen und Anfragen

1.1 Aushändigung von zusätzlichen Sitzungsunterlagen **BUA 23.02.2010**
Der Gemeindevorstand teilt mit, dass an die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung heute zusätzliche Sitzungsunterlagen verteilt werden. Es handelt sich um die erste Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf 2010 (TOP 08.1 zur Sitzung der Gemeindevertretung) sowie eine Tischvorlage zur Gewährung einer Bürgschaft für die SGE.

1.2 Sachstand Tierherberge **BUA 23.02.2010**
Gv. Bopp erkundigt sich nach dem Sachstand zur Tierherberge Egelsbach. Gibt es eine Aufstellung eines Bebauungsplanes?
Der Gemeindevorstand berichtet, dass kein neuer Sachstand existiert.

1.3 Kanal Baugebiet Brühl **BUA 23.02.2010**
Gv. Bopp bittet um Mitteilung, wem der Kanal im Baugebiet Brühl gehört, was mit ihm geplant ist und welchen Wert er hat.
Der Gemeindevorstand berichtet, dass der Kanal der Gemeinde gehört. Es finden derzeit Abstimmungsgespräche mit dem Abwasserverband Langen/Egelsbach/Erzhausen bzw. mit den Kommunalen Betrieben Langen zwecks Übernahme statt. Für die Gemeinde hat der Kanal keinen Wert.
Gv. Sallwey bittet um Klärung der Verantwortlichkeiten bei den Hausanschlussleitungen im Baugebiet Brühl:
a) von Hauptanschlussleitungen bis Grundstücksgrenze
b) von Grundstücksgrenze bis Hauseinführung

Muss je nach Verantwortlichkeit ein Revisionsschacht eingebaut worden.

1.4 Toilette Sportzentrum **BUA 23.02.2010**
Gv. Bopp fragt nach, ob es zutrifft, dass bei der Planung des Sportzentrums die Toilettenanlage vergessen worden ist.
Der Gemeindevorstand betont, dass für die Baumaßnahme der Kreis verantwortlich ist. Toiletten sind vorgesehen.

1.5 Besichtigung „Alte Schule“ **BUA 23.02.2010**
Vorsitzender Heller bittet um Mitteilung, ob die bei der letzten Besichtigung der „Alten Schule“ durch den Bau- und Umweltausschuss erstellte Mängelliste abgearbeitet ist.
Im Namen des Gemeindevorstandes teilt Herr Kurpiela mit, dass bis auf 2 Punkte die Liste abgearbeitet worden ist.

1.6 Gerichtsurteil Straßenbeitragssatzung **BUA 23.02.2010**
Vorsitzender Heller fragt nach, ob das Urteil mit Begründung vom Verwaltungsgericht Darmstadt vorliegt, um eine mögliche Revision gegen das Urteil durch die Gemeinde-Vertretung beschließen zu lassen.
Der Gemeindevorstand erwidert, dass diese Unterlagen noch nicht vorliegen.

Zu 02: **BUA 23.02.2010**
Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Kreises Offenbach

Wortlaut der Vorlage des Gemeindevorstandes:

„Die Gemeindevertretung möge zur Kenntnis nehmen:
Die Gemeinde Egelsbach teilt folgende Punkte zur Prüfung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Kreises Offenbach für die Jahre 2011 – 2015 mit:

1. Vertaktung OF-73/662
2. Verknüpfung OF-71/662 in Langen
3. Anschlusssicherung Egelsbach Bahnhof S3/OF-73
4. Halt des Nachtbusses an der Haltestelle Darmstädter Landstraße
5. Verlängerte Ladenschlussöffnungszeiten - Verkehr nach 20:00 Uhr Mo-Fr bzw. samstags nach 14:00 Uhr
6. Samstagverkehr OF-73 - Rufbus/Sammeltaxi?
7. Samstag Nachmittag/Sonntag/Abends Linie 662 durch Egelsbach fahren lassen – Alternative zum AST
8. Zukunft Schülerverkehr/Anhängerbusverkehr in Konkurrenz zu Frankfurter Schulen an der S-Bahn-Strecke
9. Anschluss Neubaugebiet „Leimenkaute“
10. Umbau/Neubau barrierefreie Haltestellen 2011 - 2015

10.1 Evangelische Kirche
10.2 Darmstädter Landstraße
10.3 Boschring (Ri. Bayerseich)
10.4 Theodor-Heuss-Straße (Ri. Bayerseich)
10.5 Karl-Nahrgang-Straße (Ri. Bayerseich)
10.6 Einrichtung einer Haltestelle Mühlstraße
10.7 Einrichtung einer Haltestelle "Leimenkaute"
10.8 In den Obergärten (Ri. Bahnhof)“

Der Gemeindevorstand bestätigt auf Nachfragen der CDU-Fraktion, dass mit der Aufnahme der Haltestelle gemäß Ziffer 10 in den Nahverkehrsplan nicht automatisch Zuschussanträge und Bautätigkeiten verbunden sind. Hierzu bedarf es erst Bereitstellung von Finanzmitteln im Haushalt für die Erstellung von Planunterlagen durch die Gemeindevertretung.

Zu 03: **BUA 23.02.2010**
Öffentlicher Personennahverkehr;
hier: Umgestaltung der Bushaltestelle Bahnhof
inkl. der Einmündung Georg-Wehsarg-Straße/Bahnstraße

Wortlaut der Vorlage des Gemeindevorstandes:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gemeindevertretung

1. nimmt Kenntnis von der Vorlage des Gemeindevorstandes zur Fortentwicklung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 09. März 2006.

2. beschließt, dass

2.1 in Ergänzung des Ursprungsplanes eine Ausstiegshaltestelle in der Georg-Wehsarg-Straße sowie eine Querungshilfe in Höhe des barrierefreien Abganges zur Bahnunterführung aufgenommen werden;

2.2 Mittel in Höhe von 470.000 € bei Kostenstelle 1207013 I 1207010 – Umgestaltung Bushaltestellen bereitgestellt werden, wovon im Haushaltsplan 2010 130.000 € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 340.000 € in 2011 veranschlagt werden; der Haushaltsplan 2010 ist entsprechend anzupassen;

2.3 Mittel für die Personaltoilette in 2011 erst bereitgestellt werden, wenn die Stadtwerke Langen GmbH die Kosten für die Investition und den laufenden Betrieb übernimmt; anderenfalls entfällt die Toilette.“

Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Gemeindevorstand um folgende Informationen bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses:

a) Es wird um eine Kostenbetrachtung zwischen Minikreisel und Einmündung in einer Standardausführung mit „Rechts-vor-links-Regelung“ gebeten.
b) Sind Kosteneinsparungen nördlich der Einmündung Georg-Wehsarg-Straße/Bahnstraße erreichbar, wenn nur die Haltestellen gebaut werden; wenn ja, in welcher Höhe?

Abstimmungsergebnis:
2 JA-Stimmen (1 SPD, 1 FDP)
5 NEIN-Stimmen (1 SPD, 3 CDU, 1 BÜNDNIS 90/Die Grünen)
1 Enthaltung (1 WGE)

Beschlussempfehlung: Ablehnung der Vorlage des Gemeindevorstandes.

04. Allgemeine Anträge der Fraktionen

Zu 04.1: **BUA 23.02.2010**
Antrag Nr. 14/2009 der CDU-Fraktion vom 03.11.2009
betr. Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Freibad Egelsbach

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:
Der Gemeindevorstand wird beauftragt, sich mit dem Förderverein Freibad Egelsbach (FVFE) in Arbeitsgesprächen über die Potentiale zur Kostensenkung des Schwimmbadbetriebes zu beraten und eine gemeinsam erarbeitete Beschlussvorlage in die Gemeindevertretung einzubringen. Dabei sollten die anstehenden Bauarbeiten zur neuen Schulsporthalle beachtet werden, um Synergien im Bereich der Bauausführung zu heben.“

Der Gemeindevorstand berichtet, dass die Gespräche mit dem Förderverein wieder aufgenommen worden sind. Es findet zunächst ein Abgleich der Datenstruktur statt. Danach werden Kosten-Nutzen-Vergleiche zur Kostensenkung des Schwimmbadbetriebes gemeinschaftlich erörtert und entwickelt.

Die CDU-Fraktion zieht daraufhin den Antrag zurück.

Zu 04.2.1: **BUA 23.02.2010**
Antrag Nr. 02/2010 der FDP-Fraktion betr. Konzept für ein Bürgerzentrum Egelsbach

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, mit welcher Weise auf dem Gelände zwischen Kindergarten „Bürgerhaus“ und Sportplatz der Neubau eines Veranstaltungsgebäudes zu ermöglichen ist. Der Konzeptentwurf soll die Nutzung des Bürgerhauses und des Eigenheimes in einem Gebäude vereinen. Um die Ausführung und die Kosten besser einschätzen zu können sind mindestens zwei Grundrissvarianten zu prüfen. Der zeitliche Ablauf der Beratung, Planung und Errichtung des Gebäudes soll sich an der Auszahlung der Erlöse aus dem Treuhandkonto Brühl orientieren.
Bis der Konzeptentwurf vorliegt und darüber beraten wurde, sind auf dem Gelände neben dem Bürgerhaus keine verändernden Maßnahmen durchzuführen.“

Abstimmungsergebnis:
1 JA-Stimme (1 FDP)
7 NEIN-Stimmen (2 SPD, 3 CDU, 1 WGE, 1 BÜNDNIS 90/Die Grünen)
0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung: Ablehnung des Antrages Nr. 02/2010 der FDP-Fraktion.

Zu 04.2.2: **BUA 23.02.2010**
Antrag Nr. 03/2010 der FDP-Fraktion
betr. Geschwindigkeitsmessung auf der Darmstädter Landstraße

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:
Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten für den Ankauf einer festinstallierte Anlage zur Geschwindigkeitsmessung entstehen. Dabei sind die laufenden Kosten zu berücksichtigen und eine Aussage über die Amortisation dieser Anlage zu treffen."

Der Bürgermeister in der Funktion als Ordnungsbehörde erläutert, dass für die Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage Investitionen zwischen 90.000 € und 110.000 € notwendig sind. Darin enthalten sind eine Kamera und eine Auswerteinrichtung, aber keine Fotolaborarbeiten. Bei eine digitalisierten Version kommen weitere Kosten dazu. Weitere Standorte kosten zwischen 30.000 € und 50.000 € (ohne eine weitere Kamera).
Hinzu kommt noch ein Personalaufwand, der je nach Fallzahl zwischen 0,1 und 0,15 Planstellen liegen wird.

Ob die rechtlichen Voraussetzungen gemäß Vorgaben des Landes Hessen für den vorgeschlagenen Standort erfüllt sind, kann nicht abschließen beantwortet werden.
Der Erfolg einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage ist nur partiell. Die Problematik der Geschwindigkeitsüberschreitung besteht auf der gesamten Länge der Darmstädter Landstraße innerhalb der geschlossenen Ortschaft, was an drei Standorten bei mobilen Geschwindigkeitsmessungen festgestellt wird.

Der Bürgermeister als Ordnungsbehörde regt an, dass eher die Anzahl der mobilen Geschwindigkeitsmessungen erhöht werden soll, weil hier ein höherer erzieherischer Effekt erreicht wird. Dabei ist aber auch an die Personalausstattung zu denken.

FDP-Fraktionsvorsitzender Vogt stellt nach den vorgebrachten Informationen den Antrag bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück.

Zu 04.2.3: **BUA 23.02.2010**
Antrag Nr. 04/2010 der FDP-Fraktion
betr. Vorentwurfsplanung für ein Gewerbegebiet „Holzwiese"

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:
Der Gemeindevorstand wird beauftragt, mit Hilfe der im Wirtschaftsplan 2010 eingestellten Mittel eine Vorentwurfsplanung für ein Gewerbegebiet „Holzwiese" zu erstellen."

Abstimmungsergebnis:
1 JA-Stimme (1 FDP)
7 NEIN-Stimmen (2 SPD, 3 CDU, 1 WGE, 1 BÜNDNIS 90/Die Grünen)
0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung: Ablehnung des Antrages Nr. 02/2010 der FDP-Fraktion.

05. Anträge zum Haushalt 2010

Zu 05.1: **BUA 23.02.2010**
Antrag Nr. 6/2010 der CDU-Fraktion
betr. Gehwegesanierung
(Produktbereich 12 – Instandhaltung von Sachanlagen – Pos. 6165000)

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:
Die vorgesehenen Mittel werden um 53.000 Euro reduziert.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt (8 JA-Stimmen)

Beschlussempfehlung: Annahme des Antrages Nr. 6/2010 der CDU-Fraktion.

Der Vorsitzende: Der Schriftführer:

…… ……..